

Die Hälfte monatlich bei zweimonatlicher Zahlung am 7. u. 20. d. Monats, vierteljährlich 22 5/6 M., halbjährlich 42 5/6 M., die Hälfte, 21 7/8 M. u. s. w. Einmalige Belegzahlungen werden von allen Rücksichten freigestellt.

Landes-Zeitung

57. und 58. Jahrgang.

Die 6 Spalten 30 mm breite Mittelzeile in der ersten Spalte 60 Pf., in den anderen 40 Pf., in den letzten 20 Pf., die 2 mm breite Mittelzeile 20 Pf. u. s. w.

Nr. 182.

Freitag, den 20. April 1921.

Einzelpreis 30 Pf.

Saboteure der politischen Arbeit.

„Macht euren Kram alleine.“

Ist der Deutsche mit Blindheit geschlagen, weil er das Meer der Welt vermisst? Ist er wirklich politisch noch so unrettbar, daß er in seinen breiten Weiden sich wienend so Spiccioli geliebt ausgezogener Massenorganisationen lassen läßt?

Nach diesen Richtlinien haben die Deutschdemokraten sich bei den Versuchen Egerwalds, eine Regierung zu bilden, verhalten und haben die Sozialdemokratie von der Deutschen Volkspartei bis zur Wehrheitspartei abgelehnt.

„Macht euren Kram alleine.“ Das ist die Devise der Saboteure der politischen Arbeit. Sie haben sich niemals zur Regierung geäußert, sondern nur wieder hat über, aber die Wehrheitspartei ist veranlaßt, einem an sie ergangenen Ersuchen Egerwalds nachzugeben.

Das Dokument der Reparationskommission über die Auslieferung der deutschen Goldbestände lautet wie folgt: „Die Reparationskommission hat in ihrem Schreiben, Nr. 1384, vom 24. März 1921 der Kriegslastenkommission mitgeteilt, daß sie der Ansicht sei, daß die deutsche Regierung habe den allgemeinen Auftrag der Reparationskommission zu erfüllen.“

gung des ganzen Volkes unterwerfen. Es ist also einfach Ansturm, wenn die demokratische Regierung, in eine ausgesprochene Rechtsregierung, einzutreten, als Saboteur der Regierungsbildung bezeichnet wird.

Wenn man von einer Sabotage der politischen Arbeit sprechen will, so kann es nur unter Bezug auf diejenigen sein, die im Bewußtsein der Parteinteressen eine Sammlung auf dem Boden der politischen Mitte verhindern und dadurch eine Regierungsbildung unmöglich machen.

„Macht euren Kram alleine.“

Ein Ueber-angem-ister um?

„Haut, Deutscher Volk.“ gingen gestern die Bemühungen Steinwands dahin, in Preußen ein Minderheitskabinett unter der Führung der Demokraten zu schaffen, in dem für wichtige Fachministerien Sozialisten in Aussicht genommen wären.

Die verlangte Auslieferung der deutschen Goldbestände.

Das Dokument der Reparationskommission über die Auslieferung der deutschen Goldbestände lautet wie folgt: „Die Reparationskommission hat in ihrem Schreiben, Nr. 1384, vom 24. März 1921 der Kriegslastenkommission mitgeteilt, daß sie der Ansicht sei, daß die deutsche Regierung habe den allgemeinen Auftrag der Reparationskommission zu erfüllen.“

der Reichsbank in Köln oder Koblenz vor dem 1. Mai 1921 zu verlangen. Dieser Metallbestand nach der Bilanz der Reichsbank, fixiert. Die deutsche Regierung kann jedoch über keinen Teil dieses Metallbestandes ohne vorherige Autorisation der Reparationskommission verfügen.

Für den Wiederaufbau.

Leitfäden der Gewerkschaften.

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat der deutschen Regierung zur Frage des Wiederaufbaus eine Reihe von Leitfäden vorgelegt, in denen er nachdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, sofort die zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Ausland zu beschaffen.

Der französische Regierung ist anzurathen: 1. Abseits für den Wiederaufbau der zerstörten Teile Nordbrabantens und Belgiens sich mit allen Hilfsmitteln des Auslandes bereitzustellen und auf schleunigste Heranziehung hinzuwirken.

2. In den zerstörten Gebieten mit Aufräumungsarbeiten und Ausbesserungsarbeiten zu beginnen. Ueber die Gefährdung der praktischen Durchführung möge die französische Regierung der deutschen Regierung Vorschläge unterbreiten.

3. Diejenigen im Aufbaubereich durch Deutschland in Anspruch zu nehmen, die sich zu erziehen, ebenso Kalk, Gips und Zementwerke dorthin zu erbauen, die erbaulich, Maschinen und Geräte zu liefern, um mit der Gewinnung und Verwertung der dort vorhandenen Rohmaterialien für den Wiederaufbau zu beginnen.

4. Verleihen zu treffen, daß die im Aufbaubereich vorhandenen Geräte und Maschinen für Baugewerke aus Deutschland herangeführt werden können.

5. Sofort mit der Unterbringung von Arbeitslosen in aller Art, mindestens aber 25000 Arbeitsplätze (Wohnhäuser) zu beginnen und diese vor Beginn der kälteren Jahreszeit auszufüllen, um der ungenügenden Ernährung und Wohnungsnot der betroffenen Gebiete vorzubeugen.

6. Dazu die Ausstattung, z. B. die Möbel, Decken, Kochherde und Kochgeschirre zu liefern.

7. Deutschland bereitwillig zu erklären, nach den Plänen und unter Kontrolle der französischen Behörden Hoch- und Tiefbauten in der Art auszuführen. Ob diese Bauten in eigener Regie der französischen oder der deutschen Regierung, oder in gemeinwirtschaftlichen Betrieben, oder durch private Unternehmenseinheiten, oder unter Zulassung aller der Betriebsformen auszuführen gewünscht werden, darüber soll die französische Regierung baldmöglichst Vorschläge unterbreiten.

8. Im Einvernehmen mit den deutschen Bauarbeitersorganisationen einschließlich des Bundes der technischen Arbeiter und Beamten verfahren die deutsche Regierung, daß die Mitglieder dieser Organisationen bereit sind, beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch Arbeitsleistung mitzuwirken.

9. Ueber die ideellen, materiellen und sozialen Bedingungen, welche zunächst die Regierung mit der Bauarbeiterorganisationen des Landes heranzuziehen pflegen. Die französischen und die deutschen Bauarbeiterverbände haben ihrerseits solche Bedingungen bereits eingeleitet und am 17. Februar d. J. in Genf unter Leitung des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes ihre Wünsche formuliert.

Zweiterlei Maß.

In einer Besondere, Dzung vom 18. April ist angegeben, daß die 21 Millionen Reichsmark, die die deutsche Regierung von Deutschland abgefordert hat, sich auf die Hälfte zu reduzieren.

die Gültigkeit erhalten soll, mit rund 400 Millionen Goldmark oder die Tonne durchschnitten mit rund 230 Goldmark bewertet werden soll. Ueber den amerikanischen Dollar zum letzten Kurse umgerechnet, stellt sich demnach die Tonne auf 10,9 englische Pfund.

Neben diese Ziffern liegen vergleichsweise die Sähe gestellt, mit denen die alliierten Seemächte in ihren Handelsverträgen den durch Deutschland während des Krieges verlorbenen Schiffstamm in Rechnung stellen. Von England wird die Brutto-Registertonne in den Jahren 1917 und 1918, in denen es die Hauptverluste zu verzeichnen hatte, mit 77,8 bezw. 84,6 Pfund für Dampfer unter 12 Knoten Geschwindigkeit und mit 89,5 bezw. 97,2 Pfund für Dampfer über 12 Knoten Geschwindigkeit bewertet. Dem Beispiel Englands folgten Japan und Griechenland.

Stellen bewertet die Brutto-Registertonne in den beiden Jahren durchschnittlich mit 79 bezw. 89 Pfund.

Frankreich beansprucht ohne Rücksicht auf die Verluste für Passagierdampfer 88,4 für Frachtdampfer 61,2 und für gewöhnliche Dampfer 76,7 Pfund für die Brutto-Registertonne.

Portugal verlangt einen Durchschnittssatz von 45 Pfund. Belgien endlich stellt die Wiederherstellungskosten für die Brutto-Registertonne von Dampfern über 12 Knoten Geschwindigkeit mit 22,74 belg. Franc, und von Dampfern unter 12 Knoten mit 1911 belg. Franc, oder — wiederum über den Dollar zum letzten Kurs umgerechnet — mit 64,7 bezw. 37,3 Pfund in Rechnung.

Diese Ziffern beweisen, wie die Alliierten mit dem Wert der erfalligen deutschen Handelsstoffe handelt, die während des Krieges ihre Schiffsverluste hat ausgleichen müssen, aber auch mit der Bewertung ihrer bei weitem nicht gleichwertigen verlorenen Schiffe.

## Der Prozeß

### wegen des Siegesäulen-Attentats.

In Ergänzung des Berichtes in unserer Morgenausgabe berichten wir noch über folgende Einzelheiten aus der gestrigen Sitzung des Berliner Sondergerichts:

Zu Beginn der Diensttagssitzung im Prozeß gegen die Siegesäulenreifer gab der Verteidiger Justizrat Broß die bereits mitgeteilte Erklärung ab.

Staatsanwalt Jäger bemerkte dagegen, daß es sich noch fragte, ob nicht

### Hölg und Ferry dieselbe Person

seien. Im Anschluß daran stellte Justizrat Franzl folgenden Antrag: Ich beantrage, den Beamten a. D. Wilhelm Ferry aus Magdeburg als Zeugen darüber zu hören, daß sein Sohn Wilhelm unter dem Namen „Ferry“ in der Welt herumzieht und mit der Polizei in Beziehungen steht.

Wilhelm Ferry ist leinzeitig in Halle verhaftet, aber bald wieder entlassen worden. Ich habe mich vor, wenn der Vater verurteilt werden ist und es seine Aufgabe verweigert, zwei Zeugen zu stellen, die diese Angabe bestätigen. Der Verteidiger Justizrat Broß weist die Annahme des Staatsanwalts zurück, daß Ferry und Hölg ein und dieselbe Person sei. Der Staatsanwalt bleibt bei seiner Ansicht.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wird Kriminalkommissar Scheerer vernommen. Er erklärte: Hölg hat bekümmert, mit den Taten in Berlin etwas zu tun zu haben. Er hat aber gesagt, daß er etwa noch sechs Wochen in einer Verhaftung in der Verdingenstraße gewesen sei, deren Zweck es war, einen gewissen zu gewinnen für die Freilassung der inhaftierten Geiseln. — Karl Hölg hat er heute wurde hier beauftragt, daß ein Wilhelm Ferry in der Spitze des deutschen Zeitungswesens marschieren. Doch wo wäre die Welt schmelzbarer, als im modernen Journalismus! Der Mißbrauch, den August Scherl mit genialer Organisationsgabe aufgebracht hatte, ist von seinen Wettbewerbern durch noch fähiger aufgeführte Unternehmungen übertrifft worden, und er selbst, der Zeitungsgewaltige, ward, noch in den Zeiten des alten Regimes nicht eben stark als seiner eigenen Wirkung hinausgedrängt. Mit einem Vermögen, das sehr bedeutend war, aber weit hinter dem zurückließ, was Ungewöhnliche schätzten, zog August Scherl sich 1913 ins Privatleben zurück, und was er seither gesehen und erlebt hat, wird kaum jenseitlich nach dem Geschnitten dieses Mannes gemessen sein, dem so lange Härtepunkt und höchste Verwertung zuteil geworden war.

Im Scherl Persönlichkeit hat sich frühzeitig ein Mythos geschlungen. Niemand trug daran Schuld ist er selbst; denn dieser durch und durch moderne Zeitungsmann hatte der selbstsame Gang, sich abzuschießen, vor der Welt zu verbergen und gemißfährten wie ein Geist unsichtbar über der Wälfen zu schweben. Unter seinen Redakteuren fürstete das Scherzwort: Scherl existiert gar nicht; er ist nur ein Begriff.“ Denn nur die allerweitesten hatten den Genuß jenseits von Angeltit zu Angeltit geliebt; nur die größten Korrespondenten seines Hauses hatten Zutritt zu seinem Allerheiligsten, und es gab Zeiten, in denen selbst die besorglich bei ihm antworteten. Nur ein einziger Mann durfte jederzeit eine Schmelz überstreifen, ein Mann, dessen Berufsbahn von einer der Wälfen des Zeitungsgewinns bestimmt worden war. August Scherl hatte ihn kennen gelernt, als er gegenüber seiner Zeitungsdirektion in der Zimmerstraße das eigene Gemerbe eines Barriers betriebe, und als es der Sonderling noch nicht unter seiner Würde hielt, einen Preisverleihen zu betreiben. Während der Scherl die „Sokol-Anzeiger“ eingeleitet unter dem Namen dieses hiesigen Barriers sah, mußte ihm der Meister erzählen, was das

die Ueberzeugung habe, daß die Polizei „Ferry“ nicht berichte habe, daß er also nicht identisch mit Hölg sei. Der Zeuge erwidert, daß das seines Erachtens ausgeschlossen sei. Der Zeuge befand sich, daß Hölg bei seiner Vernehmung in jeder Beziehung zurückhaltend war. Nach beendeter Beweisannahme zog sich das Gericht zur Beratung über die von der Verteidigung gestellten weiteren Beweisanträge zurück. Der nach schließlicher Ratung veränderte Beschluß lautet dahin, sämtliche Anträge abzulehnen. Die Ermittlung des angeblich in einem mitteldeutschen Gefängnis sitzenden Max Kramer (alias Ferry oder Perry) wurde unter der Begründung abgelehnt, daß nach der Aussage des Kriminalkommissars Scheerer es als erwiesen erachtet wird, daß „Ferry“ kein Spitzel sei. Die gleichfalls beantragte Zeugenvernehmung Hölg's wurde als unerschöpflich verweigert.

## Der Mißbrauch mit der billigen Maisabgabe.

Die Tatsache, daß landwirtschaftliche Betriebe aus dem verbilligten Mais größere Mengen erhalten, als sie zur Viehhaltung benötigen, und daß die Bezugspreise dann verhandelt werden, hatte den Demokraten Anlaß zu einer kleinen Anfrage gegeben. In ihrer Antwort erklärt die Regierung, daß die Bekämpfung der Maisabgabe auf den Futterbedarf der eigenen Wirtschaft des Empfängers bei der großen Zahl der Betriebe technisch nicht zu kontrollieren sei. Der Zweck der Maisabgabe, namentlich die Förderung der inländischen Getreideabfuhr würde durch die gewöhnliche Befrachtung nicht erreicht werden. Für die Abfuhr von Getreide über den seefähigen Willstätteil hinaus, sei es ohne Forderung, ob der Landwirt den Mais in seiner eigenen Wirtschaft verbrauche oder weiter veräußere; auch bei einer Weiterveräußerung würde der Mais letzten Endes eine Verwendung als Futtermittel finden, da der Bezugshilfen nur in Mais, nicht in Geld eingeleitet werden dürfe. Landwirte, die nicht genügend Mais zur Viehhaltung erhielten, könnten sich durch Beteiligung an Schmelzmonopolen verbilligten Mais beschaffen. Ueber diese Antwort, die den Reichstagen der kleinen Bauernschaft nicht genügend Rechnung trägt, wird noch manches zu sagen sein.

## Das Gesetz über den Volksentscheid und das Volksbegehren

ist dem Reichstag zugegangen. Es lehnt sich an die Erfahrungen an, die in der Schweiz und in einzelnen nordamerikanischen Bundesstaaten mit diesen dort lange bestehenden Einrichtungen gemacht worden sind. Die Stimmzettel haben nur auf „ja“ oder „nein“ zu lauten, eine Eventualfrage wird damit ausgeschlossen. Wenn ein Volksbegehren auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfes gestellt war, oder der begehrt Gesetzentwurf vom Reichstag in irgend einem Punkte geändert wurde, muß der Gesetzentwurf sowohl in der Form, wie er begehrt wurde, wie in der Form, die er durch die Verhandlungen des Reichstages erhalten hat, dem Volksentscheid unterbreitet werden. Ein Volksbegehren auf Erlass eines Gesetzes oder auf Verbilligung eines Gesetzes, das auf Antrag von mindestens einem Drittel des Reichstages aufgelegt ist, muß schließlic beim Reichsminister des Innern von mindestens 5000 Stimmvernehmten gestellt werden, es sei denn, daß der Antrag von dem Reichstag durch eine Verbilligung gestellt wird, die glaubhaft macht, daß ihn 100 000 ihrer stimmberechtigten Mitglieder unterstützen. Ist ein Volksbegehren zugelassen worden, aber nicht zustande gekommen, so darf über den gleichen Gegenstand erst nach Ablauf eines Jahres ein neues Volksbegehren beantragt werden. Die Abstimmung erfolgt durch Entzweiung in Klaffen. Die Volksabstimmung, über die vom Reichstag mit zwei Dritteln-Mehrheit beantragte Ablehnung des Reichspräsidenten stellt sich ebenso wie der Volksentscheid.

Außert, das Volk, von seiner Zeitung und ihrem Inhalt fange. Für Scherl verlorperte der Freizeiter die bog populär, und um mit dieser stets enge Beziehung zu unterhalten, machte der Verleger dem Meister eines Tages den Vorschlag, in seine Dienste zu treten. So wurde der Freizeiter Scherls Geheimkammer, das ausführende Organ seiner gelegentlich höchst bizarre Projekte, die er, was er unheimlich gemessen war: Scherl Redakteur, blieb es, auch als er in dem mächtigsten Verlagshaus längt zu einem Großen geworden war.

In diesem Zeitpunkt der Zimmerfrage, der in Wirklichkeit gar kein Fall, sondern ein Gemer einer Reihe zum Teil alter Säuer ist, ironisch, wie gesagt, August Scherl unsichtbar und doch allgegenwärtig. Mit seiner zunehmenden Menschenkenntnis schuf er sich geradezu eine Organisation zur Verbergung seines Jchs, und wenn er einen Korridor durchschritt, so machte ein eigener Richter streng darüber, daß ihm kein lebendes Wesen begegne. Zu seinem Arbeitszimmer führte ein eigenes Treppchenhaus, dessen Treppen nur dem Selbstherrscher gestattet war, ein besonderes Haus, das sich für Niemanden als für Scherl selbst öffnete. Das bei seinem Kommen und Gehen beobachtete Zeremoniell war grotesk. Schon lange, bevor der Gewaltige das Zeitungshaus verließ, harrte vor der Tür das elegante Elektromobil, dessen er sich in den letzten Jahren bediente. Sobald Scherl sich zum Abbruch rüstete, hatte kein Selbsthüter dem Führer auf der Straße ein Signal zu geben, das im Anzeichen einer schlichten Kugel bestand, worauf der Portier herbeiliefte, das geschlossene Haus aufsperrte und wie eine Schildmadr vor dem Eingang Posto setzte. Gleichzeitig öffnete der Chauffeur den Wagen, und stand, die Hände in der Hand, neben der Tür des Autos. Es dauerte wenige Minuten; dann sah man einen großen, hageren Mann in höchst unheimbarer Kleidung, ein Zügerhütchen auf dem geträumelten Boden, in fliegender Hast die paar Treppentufen auf den Bürgersteig hinuntereilen und in der Wagen springen, dessen Schlag häutig zugezogen wurde, worauf der Chauffeur mit der gleichen Eile seinen Sitz einnahm und augenblicklich davonfuhr. Inzwischen hatte der Führer bereits das Haus wieder verlassen. Das alles dauerte kaum zehn Sekunden, und das gleiche Zeremoniell wurde, in umgekehrter Richtung, beobachtet, wenn Scherl erfuhr. Wehe dem Angewiesenen, der es wagte, auf diesem Wege keinen allerhöchsten Herrn in den Wagen zu treten und sich so das Geheir zu erzwingen, das ihm auf jede andere Weise unerschaffbar war. Er war für das Haus Scherl erachtet, und er empfing alsobald den blauen Brief, der ihn aufrief, sich an der Reihe sein Geheir auszusuchen zu lassen und das Verlagshaus nicht weiter mit seiner Unwesenheit zu beschämen.

Unter der Leitung Scherls spielte der schriftliche Verkehr im Hause überhaupt eine große Rolle. Er selbst ließ sein

## Minister Koch über die politische Lage.

Ein Mitarbeiter der „Neuen Badischen Landeszeitung“ hatte anlässlich des Aufenthaltes des Reichsministers Koch in Karlsruhe und Darmstadt eine Unterredung mit ihm über die politische Lage. Der Minister erklärte u. a.: Es ist dringend nötig, daß von Zeit zu Zeit persönliche Führung zwischen der Reichs- und der Landesregierung genommen wird, namentlich in bewegten Zeiten wie heute. Ich habe in Karlsruhe und Darmstadt sehr vielen können, wie besonnen und maßvoll die Regierungen dieser Länder urteilen und welches Verständnis sie den Maßnahmen entgegenbringen, mit denen die Reichsregierung den Schwierigkeiten dieser Zeit zu begegnen sich bemüht. Ueber die außenpolitische Lage erklärte der Minister sich nicht äußern zu wollen. Er betonte lediglich die Einmütigkeit, mit der die Reichsregierung, die sich hinter die Auffassung des Ministers des Außeners gestellt habe.

Zum kommunikativen Zustand in Mitteldeutschland erklärte der Minister: Die zur Unterdrückung des Aufstandes von Minister Severing getroffenen Maßnahmen waren insofern und wohl zu recht. Die Frage, ob Reichswehr oder Schutzpolizei einzusetzen ist, war keine Frage größerer, oder geringerer Entscheidung, sondern eine Frage der Zweckmäßigkeit. Im ganzen sollte die Reichswehr nicht allzu häufig in innerpolitische Kämpfe verwickelt werden. Im übrigen lehne er jede Verantwortung der Reichsregierung ab. Es werde immer weit sein, daß Deutschland ein Bundesstaat ist, und daß namentlich die größeren Länder an der Selbständigkeit ihrer Verwaltung und Polizei mit großem Nachdruck festhalten. Er habe vor Jahresfrist dem Reichsrat in Entwurf eines Reichs-Kriminalpolizeigesetzes zugehen lassen, der jedoch am Widerstand Preussens, Sachsens und Bayerns gescheitert sei. Auch jeder, der wie ich Gegner der unangenehm Zentralisation ist, wird anerkennen müssen, daß es ein eminentes Interesse für die Aufrechterhaltung der Ordnung bedeutet, hier den Einfluß des Reiches zu verkleinern, damit wir zu einer einheitlichen Arbeitsbewegung gelangen. — Zur Frage der Militärgesetzgebung erklärte der Minister, wenn es der gegenwärtigen Staatsform nicht gelänge, solcher Vorkämpfe, die ihren Nährboden in der Reichsregierung, unseres Wirtschaftslebens haben und die, wenn sie nicht durch den Reichspräsidenten zu werden, so nehme in vielen Kreisen der Bevölkerung der Ruf nach einem starken General oder Monarchen zu. Diese Gefahr ist unerschöpflich. Bei uns aber die Reichsregierung, die Ordnung in Deutschland aufrechtzuerhalten, so wird sie damit auch am besten für die Aufrechterhaltung der heutigen Staatsform. — Zur Entmännungsfrage äußerte schließlic der Minister: Zur Entmännung Deutschlands ist seit der Reichsregierung niemals etwas an der Gesehehen, als das, was aus außerpolitischen Gründen unumgänglich war. Ich bin wieder ein Exponeur der Sozialdemokraten im Kabinett nach ein Dreißigminut. Ich fühle meine Aufgabe lediglich darin, der Außenpolitik der Reichsregierung auf diesem Gebiete keine Schwierigkeiten zu bereiten.

## Deutsches Reich.

Die Sozialisierung der Landwirtschaft. Der ungenügende 22 000 Morgen große Grundbesitz der Stadt Berlin, der nach dem letzten Wirtschaftsjahre einen Flächenbetrag von zwölf Millionen Mark. Mit Recht sieht der „Bauernfreund“ die Gründe einer solchen Zustandigkeit in der Unmöglichkeit, landwirtschaftliche Betriebe durch den Staat oder eine Gemeinde bewirtschaften zu lassen. Das Beispiel warte nach Nachahmung.

Begehren an die Verlagdirektoren und Chefredakteure schriftlich ergeben, und nach dem Vorbilde ihres Herrn und Meisters machten sich jene Großwundertäter des Kaufes, deren es im ersten Jahrgang des 20. Jahrhunderts bei Scherl nicht auf ein halbes Duzend geteilt ging, aber eben unsichtbar und seltsam ihre Klaffe schloß. Auch, es war lange Jahre hindurch eine Hierarchie im heimischen Mann kann sich denken, welche Bewand in Scherls Wälfen und Abzügen August Scherls angenommen hatten, die sie hinunter zu die Fingern gelangt waren, deren Aufgabe es war, sie in die Wirklichkeit zu übertragen. So soll Scherl einmal, lang ist's her, Mikstalen an einem Scherz gedreht haben, der im „Sokol-Anzeiger“ stand. Daraus wurde die Mär, er habe keinen Sinn für Humor und Würde in seinen Wälfen seine Scherz, was zur Folge hatte, daß im „Sokol-Anzeiger“ niemals ein Wis Platz finden durfte. Derartige witzige und vermeintliche Wälfen Scherls gab es unzählige, und die, ungehörigen Geze, die Wälfen hätten füllen können, mußten, wenn sie höchstens nicht überfallen wollten, die Redakteure sämtlich zu ihrem geliebten Bestium gemacht haben. Nach dem Vorbilde Gordon Bennetts, des amerikanischen Zeitungsgewaltigen, der wohl wußte, daß die mächtigste Wälfen des Zeitungswesens des Zeitgeschweigen war, gab es auch bei Scherl eine Reihe von Namen, die zum waren, und die niemals im „Sokol-Anzeiger“ genannt werden durften. Dazu waren vor allem die Namen Wälfen und Wälfen und die Titel der von diesen Firmen verlegten Zeitungen, und es war gelegentlich höchst möglich, zu sehen, welche schmerzlichen Gerände der „Sokol-Anzeiger“ ausführte. Um in Klaffen, in denen die Verlegerpartei an der Ermählung von, diese Verlegergewaltigen betreffenden Ereignissen unmöglich vorbeigehen konnte. Name und Zeitung gegen eines dieser unzähligen ungehörigen Geze oder aus anderem Grunde ein Mitglied der Redaktion unsichtbar in Ungnade gelassen. In gab es zu Zeiten Scherls in seinem Hause die verschiedensten Grabe, um dem Willkürigen zu zeigen, daß er sich daran tue, seine Wirksamkeit an eine andere Wälfen zu verlegen. Kam ein solcher Mann morgens in sein Bureau, so fand er häufig den Tisch nicht mehr, der seine Schritte gedämpft hat. War er beständig genug, um diesen jarten Tisch nicht mit seinen Entschuldigungen zu beantworten, so fand er wenige Tage später seinen Stuhl nicht mehr vor, und wenn auch das nicht dürfte, so war eines Morgens sein Schreibtisch vermisunden, und er sah sich in deren vier Wänden. In einzelnen Fällen ging das so weit, daß der Wälfen einen solchen Unglücksfall das Verzeihen des Hauses unterlag. Um so trante ein Wohnungsloher im „Sokol-Anzeiger“ überall Umtrieb erregen! Waren doch nicht nur die Wälfen Scherls, sondern, wie es hieß, auch die seiner Wälfen ungehörigen Geze.

